

**Tagesordnung für die Sitzung des Hauptausschusses am Montag, dem 06.02.2017, um
17.30 Uhr im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Brückes 1**

Öffentliche Sitzung

1. Antrag der CDU-Fraktion bezüglich Kienbaum Studie / weiteres Vorgehen
2. Anträge aus den Ortsbeiräten
3. Mitteilungen
4. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

5. Personalangelegenheiten
 6. Termin und Tagesordnung für die Sitzung des Stadtrates
 7. Mitteilungen
 8. Anfragen
- Dr. Heike Kaster-Meurer, Oberbürgermeisterin

Fraktion: CDU

Anfrage Antrag

öffentlich nichtöffentlich

10	Datum 30.01.2017	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge) 17/017
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	26.01.2017	
Hauptausschuss	06.02.2017	

Betreff

TOP

Kienbaumstudie / weiteres Vorgehen

Inhalt

Auf den Inhalt des Anlage beigefügten Antrages vom 20.12.2016 wird verwiesen.

Der Antrag wurde in der Sitzung des Stadtrates am 26.01.2017 an den Hauptausschuss verwiesen.

Beratung/Beratungsergebnis

Beratung

Beratungsergebnis

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einstimmig	Mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	Laut Be- schluss- vorschlag	Abweichen- der Beschluss (Rückseite)

Beschlussausfertigungen an:

**CDU**

Stadtratsfraktion Bad Kreuznach

CDU Fraktion – c/o Werner Klopfer – Bosenheimer Straße 218A – 55543 Bad Kreuznach

Stadtvorstand
Frau Oberbürgermeisterin Dr. Heike Kaster-Meurer
Herr Bürgermeister Heinrich
Herr Dezernent Bausch

1. Vorsitzender: Werner Klopfer

Stellvertreter: Dr. Silke Dierks

Fraktionsvorstand:

Tina Franzmann

Mirko Helmut Kohl

Helmut Kreis

Dr. Bettina Mackeprang

20.12.2016

Kienbaum Studie/ weiteres Vorgehen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Herren,

wie Sie sicher bemerkt haben werden, ist die Kostenentwicklung bei Kienbaum von vielen Kollegen im Rat mit Erstaunen zur Kenntnis genommen worden. Auch wir waren uns dessen nicht bewusst, dass wir mit dem Beschluss Ende September einen solch hohen Betrag insgesamt in Auftrag gegeben hatten.

Aus unserer Sicht sind bei diesem Projekt weitere Kostensteigerungen momentan nicht zu rechtfertigen.

Ein großer Teil des Rats wünscht, dass Kienbaum neben dem bisherigen Auftrag einen erweiterten Auftrag bekommt – nämlich zu untersuchen, welche Aufgaben reduziert werden können, wie dadurch und durch weitere organisatorische Maßnahmen die Personalentwicklung so beeinflusst werden kann, dass keine weiteren Personalsteigerungen erfolgen bzw. im Rahmen der Fluktuation auch Stellen nicht mehr besetzt werden müssen. Wir machen folgenden Vorschlag:

1. Kienbaum soll einen Vorschlag machen, wie viele Tage von den im Moment noch offenen Beratertagen für eine solche Aufgabenstellung nötig sind.
2. In der nächsten Hauptausschusssitzung sollte Kienbaum hierfür einen Vorschlag unterbreiten, wobei es wünschenswert ist, dass eine(r) der Damen/ Herren anwesend ist, damit wir zu einem abschließenden Ergebnis kommen können.

In die Beauftragung Kienbaum sollte auch einfließen, dass Kienbaum Vorschläge zur Reduzierung der Krankheitsquoten und zur Verbesserung des Betriebsklimas macht. Gegebenenfalls sollte auch eine Mitarbeiterbefragung in die Aufgabenstellung einbezogen werden.

All dies sollte man Kienbaum übermitteln und dann in der besagten Hauptausschusssitzung besprochen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Klopfer
CDU-Fraktionsvorsitzender

öffentlich nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen Hauptamt	Datum 30.01.2017	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge) 17/040
Beratungsfolge Hauptausschuss		Sitzungstermin 06.02.2017

Betreff

Anträge aus den Ortsbeiräten

Beschlussvorschlag

Der Hauptausschuss stimmt den beigefügten Anträgen aus den Ortsbeiräten zu.

Beratung/Beratungsergebnis

Gremium Hauptausschuss	Sitzung am 06.02.2017	TOP
Beratung		

Beratungsergebnis

<input type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	<input type="checkbox"/> Laut Be- schluß- vorschlag	<input type="checkbox"/> Abweichen- der Beschluss (Rückseite)
-------------------------------------	--	----	------	------------	---	---

Beschlussausfertigungen an:

Problembeschreibung/Begründung

Adressaten für die Handlungen des Ortsbeirates können nur die Gemeindeorgane, also die Oberbürgermeisterin oder der Stadtrat, sein.

Durch den Stadtratsbeschluss vom 26.01.2017 wurden die Beschlüsse der Ortsbeiräte in den Hauptausschuss delegiert.

Anlage

Sichtvermerke der Dezernenten:

Sichtvermerk der
Oberbürgermeisterin:



Sichtvermerke:
Rechtsamt:

Kämmereiamt: